

Spanien: Neuer Aufschwung, aber keine neue Konjunkturfiesta

34

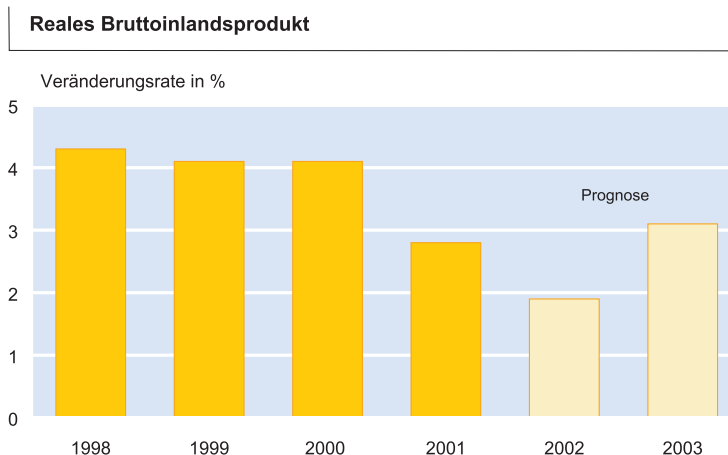
Oscar-Erich Kuntze

Kräftige Verlangsamung des Wirtschaftswachstums im Jahre 2001. Konjunkturelle Erholung 2002 trotz dämpfend wirkender Argentinien-Krise. Festigung des Aufschwungs 2003. Wirtschaftspolitik stimuliert im laufenden Jahr, 2003 hingegen kaum noch. EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2002. Der zunächst noch kräftige Preisanstieg klingt allmählich ab. Arbeitsmarktlage vorübergehend verschlechtert. Anhaltend defizitäre Leistungsbilanz. Ausgeglichene Staatshaushalte?

Das soziale und politische Umfeld wird von gegensätzlichen Strömungen beherrscht, bleibt insgesamt jedoch stabil. Im ersten Halbjahr 2002 bildet der **spanische Ratsvorsitz in der EU** das herausragende Ereignis. Es ist – erstmals unter einem konservativen Regierungschef – die dritte Präsidentschaft seit dem Beitritt zur EU 1986, und ihre Durchführung unterstreicht die Selbstverständlichkeit und gekonnte Routine, mit der Spanien inzwischen im Kreis der EU-Länder agiert. Während die beiden vorherigen sehr erfolgreich waren (was nicht alle EU-Mitglieder schaffen), wird die Bilanz der gegenwärtigen von erheblichen Schwierigkeiten bedroht, die auch in der Natur der von Spanien gesetzten Prioritäten liegen: Bekämpfung des Terrorismus (einschließlich des baskischen), Intensivierung der EU-Beziehungen zur übrigen Welt, Fortschritte bei der Gestaltung des künftigen Europa sowie der EU-Osterweiterung. Letztere tritt jetzt in ihre entscheidende Phase. Ende 2002 sollten nämlich die Verhandlungen mit den Kandidaten abgeschlossen sein. Dieses Ziel

scheint trotz aller Anstrengungen stark gefährdet, wie das Ringen um die hochbrisanten Kapitel Landwirtschaft und Strukturfonds zeigt, die zusammen ca. 80% der EU-Ausgaben stellen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Frankreich sowie die Bundestagswahl in Deutschland retardierend auf die Entschlusskraft des Ministerrates wirken.

Die **politische Stabilität im Lande** bleibt auch im kommenden Jahr gewahrt. Der aus den Wahlen zu den Cortes (Parlament) im März 2000 mit absoluter Mehrheit hervorgegangene Partido Popular (PP) besetzt allein die Kabinettsposten und regiert komfortabler als in der vorausgegangenen Legislaturperiode. Doch sucht die Regierung nach wie vor Fragen von erheblicher nationaler Bedeutung auf der Basis eines breiten Konsens der politischen Parteien und wichtigen gesellschaftlichen Gruppen zu lösen. Dabei wird sie in der Regel nicht nur von den meisten Regionalparteien, sondern auch von den oppositionellen Sozialdemokraten (PSOE) unterstützt, welcher der Regierung mangels überzeugender Führungspersönlichkeiten nicht wirklich gefährlich werden kann. Der PP steht fest hinter Ministerpräsident Aznar, der die Partei von einer franquistischen 25%-Formation konsequent und erfolgreich in die politische Mitte steuerte und bei der Bevölkerung weithin populär machte, sie aber auch völlig auf seine Person zugeschnitten hat. Er will jedoch nach den Parlamentswahlen im Frühjahr 2004 nicht mehr als Ministerpräsident amtierend und 2005 auch den Parteivorsitz niederlegen. Die hieraus im Vorfeld resultierenden parteiinternen Veränderungen werden die Handlungsfähigkeit der Exekutive zumindest bis Ende 2003 kaum tangieren, da Aznar für einen geregelten Übergang sorgen wird.



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Die seit einem Vierteljahrhundert laufende **Mutation** Spaniens vom straff zentralisierten Staat der Franco-Zeit zum »Staat der Autonomien«, also zu einem weitgehend regionalisierten Land, hat mit dem Übergang der Verantwortung für das Gesundheitswesen auch auf die restlichen zehn (der insgesamt siebzehn) Regionen Anfang 2002 annähernd ihren Abschluss gefunden. Nun bestreiten die Regionen ca. 45% der öffentlichen Ausgaben, der Zentralstaat rund 40%, und die Gemeinden etwa 15%.

Die **ETA und ihre terroristischen Anschläge** bilden weiter eine schwere Belastung für die Politik und die wirtschaftliche Entwicklung des Baskenlandes. Zwar schwindet ihr Rückhalt bei der Bevölkerung, wie die herben Verluste der ETA-Partei Batasuna im Mai 2001 zeigen, und die Entideologisierung der ETA geht weiter. Fahndungserfolge haben die Organisation zwar erheblich geschwächt. Damit ist jedoch ihre Unberechenbarkeit und Gefährlichkeit gewachsen. Weitere schwere Anschläge, die sich auch gegen die EU-Gipfelkonferenzen in Barcelona und in Sevilla richten könnten, werden befürchtet, obwohl die Zusammenarbeit mit den anderen EU-Ländern beim Kampf gegen die ETA seit September 2001 erheblich intensiviert wurde.

Ungelöst ist auch der **Dauerkonflikt mit Marokko**. Miteinander verquickte Streitpunkte sind die, für die erheblich überdimensionierte spanische Fischwirtschaft essentiellen Fischfangrechte vor der marokkanischen Küste (formal ist die EU für entsprechende Verträge zuständig) sowie die Zukunft der ehemals spanischen, von Marokko seit Jahren annektierten Gebiete in der westlichen Sahara, wobei Madrid auf das Selbstbestimmungsrecht der dortigen Bevölkerung drängt.

Die **Wirtschaftspolitik** setzt den bisherigen Kurs grundsätzlich fort. Dabei hat die Verringerung der Arbeitslosigkeit nach wie vor Priorität. Dies impliziert kräftiges Wirtschaftswachstum, stimuliert auch durch weiter deutlich zunehmende öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, mitfinanziert durch die EU. Hierüber sollen jedoch die Stabilisierung des Preisniveaus und die Konsolidierung der Staatsfinanzen nicht vernachlässigt werden. Ein Abbau der Leistungsbilanzdefizite – früher vielfach ein herausragende Ziel – spielt jetzt keine Rolle mehr.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2001

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich wie folgt dar: In den **Vereinigten Staaten** erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 1¹/₄%. In **Japan** gingen Nachfrage und Produktion um etwa 1¹/₂% zurück. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um knapp 2¹/₂%. In **Westeuropa** nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um etwa 1¹/₂% zu; in der EU und im Euro-

Raum stieg es in annähernd gleichem Maße und in Deutschland um rund 1¹/₂%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt fast 25 US-Dollar pro Barrel; das sind ungefähr 12% weniger als im Jahr davor. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Jahre 2000 auf Dollar-Basis um ca. 9%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 0,90 US-Dollar; 2000 waren es 0,92 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** hat gegenüber 2000 fast stagniert.

Die **spanische Wirtschaft** erlebte nach vier Jahren mit stetigem, kräftigem Wachstum von Nachfrage und Produktion eine deutliche Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Sie setzte erst im zweiten Quartal ein, so dass die »harte Landung« der Konjunktur wegen des zu Jahresbeginn bestehenden beträchtlichen Überhangs nicht so recht in der immer noch deutlichen Zunahme des **realen Bruttoinlandsprodukts** (vorläufigen Angaben zufolge um 2,8%) zum Ausdruck kommt: Mit dieser im EU-Vergleich erneut überdurchschnittlichen Expansionsrate schloss Spanien jedoch weiter zur durchschnittlichen Wirtschaftsleistung der EU-Länder auf, setzte den Konvergenzprozess (etwa im Gegensatz zum benachbarten Portugal) also fort. Ursachen der Abschwächung waren zunächst die ausgeprägte Verteuerung des Erdöls und anderer Energieträger sowie witterungsbedingt der landwirtschaftlichen Saisonprodukte, gefolgt vom Einbruch der Weltkonjunktur. Auch wurden die führenden spanischen Unternehmen von der Krise in Argentinien stark belastet. Die Ausfuhr ging bereits im ersten Quartal deutlich zurück. Die Expansion der Inlandsnachfrage, von der Wirtschaftspolitik leicht gebremst, verlangsamte sich im Verlauf bis zur Stagnation. Während Staatsverbrauch, Lager sowie Anlageinvestitionen (u.a. dank öffentlicher Investitionstätigkeit) bis in den Herbst hinein einigermaßen stetig zunahmen, unterlag der private Konsum starken Schwankungen. Die Teuerungsrate war so hoch wie seit Mitte der neunziger Jahre nicht mehr. Auf dem Arbeitsmarkt verbesserte sich die Lage bis zur Jahresmitte. Die öffentlichen Haushalte schlossen annähernd ausgeglichen. Das Defizit der Leistungsbilanz hat sich in Relation zum BIP gegenüber 2001 nur wenig verringert.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen wurde mit reichlich 5% nur mehr etwa halb so dynamisch ausgeweitet wie im Jahr zuvor. Einem spürbaren Rückgang im ersten Quartal folgten eine Stagnation im Sommerhalbjahr sowie eine neuerliche Abnahme im Herbst. Ausschlaggebend war das ausgeprägte konjunkturelle Wellental in den USA sowie die im Verlauf nur noch stagnierende Wirtschaftsleistung in Westeuropa. Allerdings, und das erweist sich gerade in derartigen Situationen als zusätzliche Bremse, sind die Lohnstückkosten im Verhältnis zu den meisten westeuropäischen Handelspartnern erneut überdurchschnittlich gestiegen. Es erwies sich ferner als Handicap, dass die spanische Wirtschaft in vielen Bereichen nur als verlängerte Werkbank eu-

europäischer Konzerne fungiert, welche inzwischen vor allem den industriellen Sektor dominieren. Dagegen entwickelte sich der Ausländertourismus bis in den Spätsommer weiter sehr positiv. Die **Einfuhr** hat etwa im Rhythmus der Ausfuhr expandiert, auch weil die Ausfuhr von Industrieprodukten zu einem erheblichen Teil auf Zulieferungen aus anderen Ländern basieren, was die erfolgreiche Integration Spaniens in die europäischen Wirtschaft unterstreicht. Die **Leistungsbilanz** schloss in Relation zum BIP mit einem Fehlbetrag von reichlich 3%. Trotz etwas verbesserter Terms of Trade bedeutete das gegenüber dem Jahr davor keine wesentliche Verbesserung.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** haben sich mit einem Plus von $4\frac{1}{2}\%$ relativ gut gehalten. Im Verlauf blieb die Entwicklung tendenziell aufwärts gerichtet. Besonders die mit $5\frac{3}{4}\%$ fast so dynamisch wie 2000 expandierenden Bauinvestitionen haben stützend gewirkt. Der Wohnungsbau (Neubau und Renovierungen) nahm mit etwa $4\frac{1}{2}\%$ nur etwa halb so stark zu wie im Jahre 2000, was jedoch als gebotene Abkühlung einer erheblich überhitzten Entwicklung begrüßt werden kann. Denn nicht nur die Baupreise hatten infolge von Kapazitätsengpässen erheblich angezogen, sondern auch die Grundstückspreise waren vielfach stark gestiegen. Die öffentliche Hand hat ihre Investitionen kräftig erhöht. Teilweise mitfinanziert durch die EU wurde vor allem in die weitere Verbesserung der Infrastruktur investiert. Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen hingegen lediglich um etwa 1%; damit setzte sich die seit 1999 zu beobachtende deutliche Abschwächung der Investitionskonjunktur fort. Weniger günstige Absatz- und Ertragserwartungen dämpften das Investitionsklima trotz guter Finanzierungsbedingungen. Aber auch die Standortkonkurrenz Mitteleuropas wird (wie auch in Portugal) immer mehr spürbar. In der verarbeitenden Industrie nahm die Auslastung der Kapazitäten tendenziell ab, lag aber im vierten Quartal immer noch leicht über dem Durchschnitt der neunziger Jahre.

Der **private Konsum** expandierte bei sehr erratischer Entwicklung um $2\frac{3}{4}\%$. Das war deutlich weniger als im Jahr davor. Aber auch hier hatten die ausgeprägte importbedingte Verteuerung von Rohöl und anderen Energieträgern sowie schubweise Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln die Kaufkraft der Löhne merklich reduziert. Zudem war die Sparquote nicht weiter gesunken – Reflex des über das ganze Jahr hinweg verschlechterten Konsumklimas. Die vor der Einführung des Euro-Bargelds gegen Jahresende zu beobachtende Anlage von Schwarzgeld vor allem in Luxusgütern konnte den Konsum im vierten Quartal nur stützen, aber keine Tendenzwende bewirken. Wohnungseinrichtungen – wie langlebige Güter generell – wurden auch als Folge des abflauen-

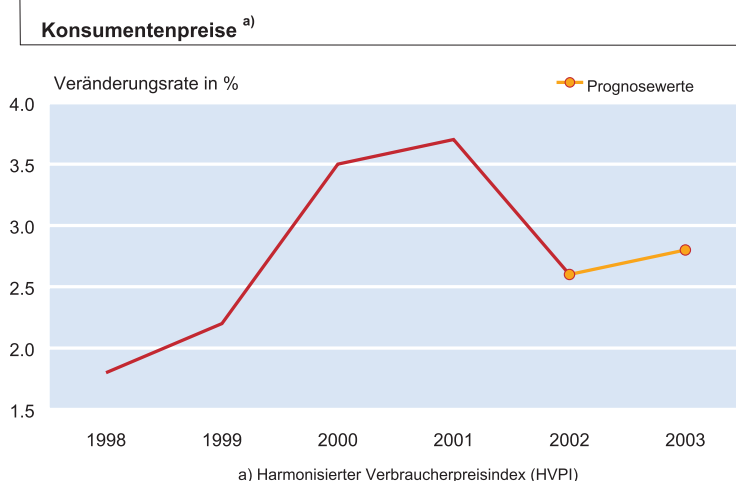
den Booms im Wohnbau nicht mehr so lebhaft nachgefragt. Der **Staatsverbrauch** ist zwar im Verlauf des Jahres sehr stetig, mit ca. 2% aber nur halb so stark ausgeweitet worden wie im Jahr zuvor.

Auf dem **Arbeitsmarkt** kam die jahrelange Verbesserung um die Jahresmitte konjunkturbedingt zum Stillstand. Die jüngsten Reformen des Arbeitsrechts haben sich noch nicht beschäftigungsfördernd ausgewirkt. Allerdings dürfte die Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr um etwa 2% (2000: 4,7%) gestiegen sein, und die Arbeitslosigkeit nahm um 6,6% ab (2000: 9%). Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Jahresdurchschnitt auf 13% und blieb mit Abstand die höchste innerhalb Westeuropas. Gleichwohl blieben Fachkräfte, in der Landwirtschaft auch Ungelernte, vielfach gesucht.

Der Preisauftrieb war bis zur Jahresmitte recht kräftig. Auslöser waren der gegenüber dem US-Dollar weiter nachgebende Eurokurs sowie die sehr starke Verteuerung von Energie und Nahrungsmitteln. Aber auch die Preise für Dienstleistungen, besonders im Hotel- und Gaststättengewerbe, zogen erheblich an. Anschließend verteuerte sich die Lebenshaltung nicht weiter, da sich vor allem Energie verbilligte und der Euro gegenüber dem US-Dollar aufgewertet hat. Die **Konsumentenpreise** sind im Jahresdurchschnitt um 3,7% gestiegen. Nach Irland und den Niederlanden war dies die höchste Rate in Westeuropa.

Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik wirkt heuer nur wenig expansiv und 2003 vermutlich annähernd konjunkturneutral, obwohl der Euro gegenüber dem US-Dollar leicht aufwerten dürfte. Dabei gibt die Finanzpolitik im laufenden Jahr leichte, 2003 im Vorfeld der im Frühjahr 2004 fälligen Wahlen zu den Cortes jedoch spürbare Anstöße; die bisher so erfolgreiche Kon-



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

solidierung der öffentlichen Finanzen wird aber grundsätzlich weitergeführt. Die Geldpolitik der EZB bleibt stabilisierungsorientiert; sie stimuliert die Konjunktur 2002 spürbar, im kommenden Jahr gibt sie jedoch keine Impulse mehr.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hatte ihren zuvor restriktiven **geldpolitischen Kurs** bereits im Mai 2001 gelockert, obwohl der durch massive Rohölverteuerung, Dollaraufwertung und die Tierseuchen BSE und MSK verursachte Preisschub noch nicht ausgelaufen war und die Expansion der Geldmenge M3 spürbar über der Zielgröße lag. Nach den Terroranschlägen vom 11. September in den USA wurde die monetäre Lockerung im Schulterschluss mit anderen Zentralbanken fortgesetzt. Insgesamt hat die EZB ihren Leitzins in vier Schritten um 1,5 Prozentpunkte auf zuletzt (November 2001) 3,25% herabgesetzt. Die Zinssenkungen werden ihre konjunkturstimulierende Wirkung erst heuer voll entfalten. Mit Blick auf den jetzt 1,75% betragenden und wohl nicht weiter sinkenden Schlüsselzins wäre sogar noch Spielraum für einen kleinen weiteren Zinsschritt nach unten gegeben. Dies umso mehr, als sich der Preisauftrieb im Euro-Raum weiter beruhigen und die Teuerungsrate 2002 im Jahresmittel unter 2% – dem mittelfristigen Inflationsziel der EZB – sinken dürfte. Allerdings liegt die Kerninflationsrate im Euro-Raum nach wie vor spürbar über 2%. Auch ist die Geldmenge M3 bis zuletzt aus dem Ruder gelaufen. Mit 7,9% bewegt sich die Zuwachsrate (Vorjahresvergleich im Januar 2002) weit über dem – auch für 2003 vorgegebenen – jahresdurchschnittlichen Referenzwert von 4,5%. Liquidität zur Finanzierung des Aufschwungs ist also reichlich vorhanden, selbst wenn die EZB, worauf derzeit einiges schließen lässt, ihren Leitzins nicht weiter zurücknimmt. Um die Jahreswende 2002/2003 ist daher bei in Gang gekommener Konjunktur die beginnende Straffung der monetären Zügel wahrscheinlich. Dies dürfte jedoch im Hinblick auf die Festigung des Euro-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar vorsichtig erfolgen. Die hieraus resultierenden bremsenden Wirkungen auf die Konjunktur sind indes nicht vor Herbst 2003 zu erwarten. Die EZB führte bis zuletzt in ihren monatlich wechselnden Begründungen für die laufenden Zielverfehlungen des Geldmengenziels stets Sonderfaktoren an und reagierte häufig mit Neudefinitionen von M3. Auf diese Weise ist jedoch das Vertrauen in den Euro nicht zu festigen. Und es drängt sich eine Änderung des monetären Referenzwerts, so man denn an einem solchen festhalten will, auf. Die **Euro-Bargeldeinführung** ging auch hier im Wesentlichen in nur drei Wochen und damit erheblich schneller über die Bühne als angenommen.

Von der **Finanzpolitik** wurde die Konjunktur leicht gebremst: Vorläufigen Berechnungen zufolge ist sowohl der nominale als auch der strukturelle Fehlbetrag – von 0,5% des BIP bzw. 0,3% des BIP im Jahre 2000 – fast auf Null gesunken, obwohl das Wirtschaftswachstum etwas schwächer ausfiel als im Budget unterstellt. Die Staatsverschuldung ist weiter auf

ca. 58% des BIP reduziert worden; auf dem bisherigen Höhepunkt 1996 betrug sie rund 69%. Der Konsolidierungskurs wurde also erfolgreich fortgesetzt. Im laufenden Jahr sollen die öffentlichen Haushalte wiederum in beiden Abgrenzungen ausgeglichen schließen. Allerdings ist wenig wahrscheinlich, dass diese Vorgabe erfüllt wird. Denn im Budget wurde das Wirtschaftswachstum mit 2,9% über- und die Teuerungsrate mit 2% unterschätzt; allerdings hat die Regierung ihre Prognose inzwischen auf 2,4% zurückgenommen. Zwar wird man verschiedentlich durch Abstriche bei den Ausgaben einen teilweisen Ausgleich für die schwächer als budgetiert laufenden Einnahmen suchen. Das wird jedoch kaum bei der Sozialversicherung gelingen, von deren geplantem Überschuss (3,4 Mrd. €) der Ausgleich des **Etats 2002** abhängt. Auch ist nicht zu erwarten, dass nennenswert an den vorgesehenen staatlichen Investitionen, die zu einem guten Teil von der EU mitfinanziert werden, gekürzt wird. Doch hat man die Steuern auf Treibstoffe (zur Mitfinanzierung der Krankenversicherung) sowie auf Alkoholika, Tabak und Eisenbahnbillets erhöht. Da weitere Maßnahmen dieser Art kaum zu erwarten sind, ist mit einem leichten nominalen sowie strukturellen Haushaltsdefizit zu rechnen. Der Konsolidierungswille lässt also nach, was aber andererseits einen leichten konjunkturellen Impuls bedeutet, den man als zur Stärkung der erlahmten Wachstumskräfte als wünschenswert bezeichnen kann. Ein gleicher Effekt könnte sich **2003** – dann allerdings prozyklisch und unerwünscht – einstellen, wenn eine weitere Senkung der Einkommensteuertarife vorgenommen wird, mit der die Regierung noch in der laufenden Legislaturperiode im Wort steht. Im Hinblick auf ihre Wahlwirksamkeit wird man diese aber nicht erst kurz vor den im Frühjahr 2004 stattfindenden Parlamentswahlen, sondern für 2003 beschließen. An der mittelfristig geplanten Steigerung der öffentlichen Investitionen sind erfahrungsgemäß auch keine Abstriche zu erwarten. Und schließlich dürften die Zinsen etwas höher liegen als in der Finanzplanung unterstellt. Auch der gemäß dem jüngst revidierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramm ebenfalls ausgeglichen konzipierte Staatshaushalt 2003 (ursprünglich war ein Überschuss vorgesehen) dürfte sich nur knapp realisieren lassen.

Die **Einkommenspolitik** bleibt um Stabilitätsorientierung bemüht. Nachdem die Kaufkraft der Löhne 2001 nur noch geringfügig zugenommen hatte, ist heuer mit rund 1% eine etwas stärkere Zunahme zu erwarten. Die Nominallöhne steigen hingegen 2002 verlangsamt, nachdem sie im vorigen Jahr um 3¾% erhöht worden waren. Da fast zwei Drittel der Tariflöhne mit der Inflation indexiert sind, wirkt der langsamere Preisanstieg retardierend. Auch dämpft die sich erst wieder erholende Konjunktur bei zunächst noch verschlechterter Arbeitsmarktlage Lohnforderungen und -zugeständnisse. 2003 dürfte die Senkung der Einkommensteuer Lohnabschlüsse begünstigen, die wiederum niedriger als in den Jahren 2000 und 2001 liegen. Allerdings wer-

den die realen Lohnstückkosten in Relation zu den wichtigsten Handelspartnern auch heuer und im kommenden Jahr wiederum überdurchschnittlich steigen. Ein Durchbruch zur nachhaltig stabilitätsorientierten Linie ist also noch nicht zu erkennen.

Die für den endgültigen Erfolg der Angleichung der spanischen Wirtschaft an den EU-Durchschnitt unerlässliche kräftige Verbreiterung der heimischen technologischen Basis ist trotz erheblicher Anstrengungen der **Technologiepolitik** (Nationaler Technologieplan 1998/2003) noch nicht recht voran gekommen. So sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Verhältnis zum BIP zwischen 1988 und 2001 lediglich von 0,72% auf knapp 1% gestiegen. Pro Kopf entsprechen die Aufwendungen für FuE erst 35% jener bei den großen EU-Partnern. Die erfolgreiche Transformation Spaniens vom Schwellen- zum Industrieland basiert ganz wesentlich auf dem technischen Know-how, das von den in Spanien produzierenden ausländischen Konzernen und ihrer wichtigsten Zulieferer in ihren Zentralen entwickelt und zu ihren spanischen Töchtern transferiert wird. Die ausgeprägte Zurückhaltung der ganz überwiegend kleinen und mittleren, meist kapitalschwachen spanischen Unternehmen gegenüber eigener FuE ändert sich trotz erheblicher öffentlicher Unterstützung nur sehr langsam.

Ordnungspolitisch macht die Regierung weiter erhebliche Anstrengungen zur Liberalisierung und Deregulierung der Produkt- und Faktormärkte. Nachdem 2001 große Fortschritte in Richtung Arbeitsmarktflexibilisierung erzielt wurden, sind derzeit Reformen der Universitäten, der Bedingungen für FuE, der Berufsbildung sowie der Förderung von Unternehmensgründungen prioritär.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2002

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden unterstellt: In den **Vereinigten Staaten** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt ca. 2%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung geht in **Japan** um ungefähr 2% zurück. In **Mitteleuropa** nehmen Nachfrage und Produktion um etwa 2 1/4% zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 1 1/2% ausgeweitet; für die EU und den Euro-Raum sind ähnliche Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland ca. 3/4% beträgt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 21 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) sinken gegenüber 2001 um ungefähr 5 1/2%. Der **Wechselkurs des Euro** bewegt sich im Jahresdurchschnitt innerhalb einer Bandbreite von 0,90 bis 1 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandiert in einer Größenordnung von 3 1/2%.

Auch die **spanische Wirtschaft** erholt sich allmählich wieder und gewinnt sukzessive an Schwung. Für eine baldige

Rückkehr zu einer Konjunkturfesta wie in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre mit jährlichen Wachstumsraten von rund 4% gibt es allerdings keine Indizien. Für den Beginn des nächsten Aufschwungs sprechen auch die zuletzt wieder aufwärts weisenden Indikatoren für das Wirtschaftsklima. Die Wirtschaftspolitik gibt Impulse, und die Klimaindikatoren weisen nun wieder aufwärts. Anstöße kommen ferner von der Auslandsnachfrage, zumal der Dollarkurs selbst bei leicht steigender Tendenz noch günstig ist. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** nimmt vermutlich um knapp 2% zu, getragen von allen großen Aggregaten auf der Nachfrageseite, einschließlich der Vorräte. Der Preisauftrieb beruhigt sich weiter. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt bessert sich nach vorübergehender Verschlechterung erst im weiteren Verlauf des Jahres. Während die öffentlichen Haushalte mit einem geringen Fehlbetrag abschließen könnten, wird die Leistungsbilanz im Verhältnis zum BIP ein nur wenig verringertes Defizit ausweisen. Die Wirtschaftsleistung könnte etwas größer sein, wenn nicht dämpfende Einflüsse der **Argentinien-Krise** spürbar wären, von der Spanien am weitest starken von allen westeuropäischen Ländern tangiert ist. Noch 2001 gab die Regierung Argentinien, dem man sich traditionell besonders eng verbunden fühlt, zu günstigen Bedingungen 1 Mrd. US-Dollar als Kredit. Diese bestehen in erster Linie in einer Beeinträchtigung des Klimas an der Börse in Madrid ganz allgemein sowie in deutlich negativen Auswirkungen auf Aktienkurse und Ertragslage der großen Geschäftsbanken (vor allem BBVA und BSCH) und einiger Großunternehmen (Repsol YPF, Telefónica sowie Endesa) im Besonderen. Immerhin stellen diese »großen Fünf«, die 2001 durch Rückstellungen und Abschreibungen auf ihre Lateinamerika-Engagements etwa zusammen 9,4 Mrd. € verloren haben, mit ihrer addierten Börsenbewertung knapp zwei Drittel der Aktienkapitalisierung an spanischen Börsen. Ihre jahrelang von den Kapitalmärkten gefeierte Strategie, sich seit dem Beginn der neunziger Jahre mit massiven Auslandsinvestitionen fast ausschließlich in Lateinamerika – das infolge der Argentinien-Krise insgesamt an Bonität eingebüßt hat – engagiert zu haben, wird jetzt heftig kritisiert; insgesamt wurden etwa 100 Mrd. US-Dollar meist im Dienstleistungssektor investiert, etwa ein Drittel hiervon in Argentinien. Und die vielfach gehegte Hoffnung, dieses könne zumindest auf lange Sicht eine der dynamischsten Weltregionen werden, schwindet immer mehr. Die Auswirkungen auf den Warenexport sind indes gering.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen (ca. + 4%) gewinnt im Zuge des weltwirtschaftlichen Aufschwungs im Allgemeinen sowie der konjunkturellen Erholung in Westeuropa im Besonderen deutlich an Dynamik. Von der Argentinien-Krise wird diese Perspektive nicht nennenswert beeinträchtigt: Nur ca. 1/2% der Warenlieferungen gingen 2001 in dieses Land und knapp 6% nach Lateinamerika insgesamt. Der mittlerweile enge Produktionsverbund mit großen europäischen und überseeischen Konzernen wirkt als

prompter Übertragungsmechanismus. Zwar begünstigt der immer noch günstige Wechselkurs des US-Dollar den Auslandsabsatz weiterhin. Aber die Lohnstückkosten nehmen erneut im Vergleich zu den wichtigsten Handelspartnern zu. Ausländische Investoren engagieren sich daher vielfach lieber in Mittel- und Osteuropa. Dort, aber auch in Westeuropa sowie in Nordamerika mit Direktinvestitionen ganz unzureichend vertreten zu sein, wird allmählich zu einem gewichtigen Handicap für die spanische Ausfuhr. Gleiches gilt für den nach wie vor für den im Zuge der Globalisierung immer schärfer werdenden internationalen Wettbewerb unzureichenden technologischen Standard der meisten Industrieunternehmen. Zudem erholt sich der Ausländertourismus nur schleppend von dem Einbruch im Herbst 2001. Die **Einfuhr** dürfte etwas stärker als der Export steigen. Trotz verbesserter Terms of Trade resultiert vermutlich ein gegenüber 2001 im Verhältnis zum BIP nur wenig verringertes Defizit der **Leistungsbilanz**.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** dürften um etwa $2\frac{3}{4}\%$ expandieren; der Beginn einer Neuauflage des Booms der Jahre 1997/2000 zeichnet sich somit nicht ab. Dahinter steht die Erwartung einer zunächst noch verhaltenen, im zweiten Halbjahr aber wieder lebhaften Aufwärtsentwicklung. Wesentliche und kontinuierliche Impulse kommen von den öffentlichen Investitionen. Denn die rasche Verbesserung der Infrastruktur bleibt ein wichtiges Anliegen der Regierung und die Finanzierung erfolgt zu einem beträchtlichen Teil aus Mitteln der EU. Der Wohnungsbau findet trotz günstiger Zinsen wohl erst gegen Ende des Jahres aus der Flaute – Nachhall der Übersteigerungen des Booms – heraus. Der Wohnungsneubau dürfte im Jahresdurchschnitt spürbar sinken, doch könnte die Zunahme der Renovierungen insgesamt zu einem gegenüber 2001 etwa unverändertem Volumen füh-

ren. Der gewerbliche Bau nimmt zunächst weiter verlangsamt zu. Die Ausrüstungsinvestitionen haben ihre frühere Dynamik weitgehend verloren. Das gilt trotz sich allmählich wieder bessernder Absatz- und Ertragserwartungen vor allem für die Erweiterungsinvestitionen, die unter der gesunkenen und zunächst nur langsam steigenden Auslastung der Kapazitäten leiden. In die Rationalisierung der Produktion wird indes (mit Kapazitätseffekten) weiter lebhaft und im zweiten Halbjahr beschleunigt investiert, um den Lohnkostendruck aufzufangen.

Der **private Konsum** wird um knapp 2% ausgeweitet. Im Verlauf bedeutet das nach anfangs nur schwacher Expansion, auf die das weiter verschlechterte, mittels Verbraucherbefragungen erhobene Konsumklima schließen lässt, eine allmähliche Beschleunigung. Zwar nimmt die Beschäftigung erst im Laufe des zweiten Halbjahrs zu, und die Inflationsindexierung des Einkommensteuertarifs wurde aufgehoben. Aber die Reallöhne steigen etwas rascher, und bei dem sich bessernden konjunkturellen Umfeld sinkt die Sparquote, zumal die Zinsen immer noch günstig sind. Nachdem der Wohnungsneubau in einer Rezession steckt und vor der Einführung des Euro-Bargelds Schwarzgeld zur außerplanmäßigen Anschaffung von langlebigen Gütern eingesetzt wurde, wird deren Absatz bis weit in das Jahr hinein schleppend verlaufen. Der **Staatsverbrauch** dürfte konjunkturbedingt, aber auch weil er antizyklisch eingesetzt wird, um etwa $2\frac{1}{4}\%$ expandieren.

Auf dem **Arbeitsmarkt** – Nachläufer der Konjunktur – verschlechtert sich die Lage zunächst weiter. Die Beschäftigung sinkt, und die Zahl der Arbeitslosen nimmt zu. Erst in der zweiten Jahreshälfte kommt es allmählich zu einer Besserung, und der Bedarf an vor allem qualifizierten Kräften

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten – in % –

	2000	2001	2002 ^{a)}			2003 ^{a)}		
			DGPC ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}	DGPC ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}
Bruttoinlandsprodukt	4,1	2,8	2,4	2,0	2,0	3,0	3,2	3,2
Inlandsnachfrage	4,2	2,9	2,4	2,0	2,0	3,1	3,2	3,2
Privater Verbrauch	4,0	2,7	2,2	1,6	2,2	2,8	3,1	3,0
Staatsverbrauch	4,0	1,9	2,0	2,4	2,0	2,0	2,2	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	5,7	4,4	3,3	2,6	1,8	4,6	4,2	4,5
Exporte ^{e)}	9,6	5,2	4,5	3,9	3,8	7,6	7,6	7,4
Importe ^{e)}	9,8	5,2	4,6	3,8	3,7	7,7	7,4	7,3
Industrieproduktion (ohne Bau)	4,4	– 0,2	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPi)	3,5	3,7	2,7	2,3	2,5	2,4	2,1	2,4
Arbeitslosenquote	14,1	13,0	12,4	13,0	13,7	11,7	12,1	13,0
Leistungsbilanz ^{f)}	– 3,4	– 3,1	n.a.	– 2,9	– 2,0	n.a.	– 2,7	– 2,0
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)}	– 0,3	0,0	0,0	– 0,2	– 0,4	0,0	0,0	0,0

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Dirección General de Previsión y Coyuntura (Ministerium für Wirtschaft), Madrid, vom November 2001. – ^{c)} Europäische Kommission, Brüssel, vom November 2001. – ^{d)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom November 2001. – ^{e)} Güter und Dienstleistungen. – ^{f)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

steigt wieder. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf ca. 13 1/2% steigen.

Die Konsumentenpreise sind, im Gegensatz zu den meisten anderen westeuropäischen Ländern, Anfang dieses Jahres etwas zurückgegangen, obwohl indirekte Steuern (auf Mineralölprodukte, Alkoholika etc.) erhöht wurden. Ursachen dieser überraschenden Entwicklung ist eine veränderte Gewichtung des HVPI sowie die Berücksichtigung von Schlussverkaufspreisen. Dadurch wird der Index gedrückt. Die Entwicklung von Import- und Großhandelspreisen sowie die konjunkturelle Situation lassen einen im Verlauf moderaten Preisauftrieb erwarten. Im Schnitt des Jahres dürften die **Konsumentenpreise** um reichlich 2 1/2% über dem Niveau von 2001 liegen.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2003

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 3 3/4%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um etwa 1 1/4% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3 1/2%. In **Westeuropa**, in der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um gut 2 3/4%; in Deutschland beträgt die Zunahme nicht wesentlich weniger. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern bei 23 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 7% mehr als 2002. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Durchschnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,95 bis 1,05 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 9 1/2% ausgeweitet werden.

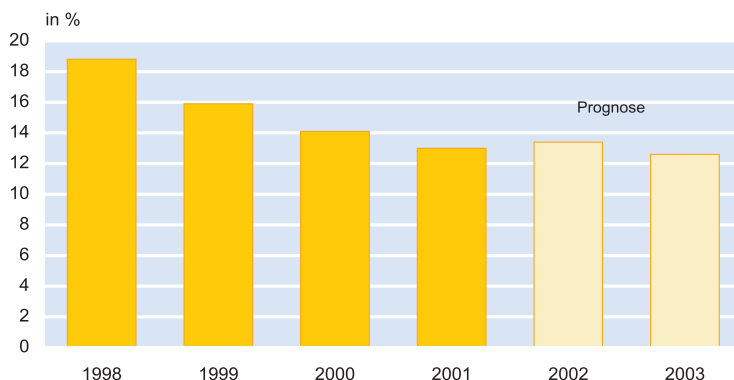
In **Spanien**, wie im übrigen Westeuropa, setzt sich der Aufschwung zunächst beschleunigt fort, obwohl die retardierenden Effekte der Argentinien-Krise noch nicht ganz ausgestanden sind. Er wird hauptsächlich von der stark expandierenden Ausfuhr getragen. Aber auch die Inlandsnachfrage legt deutlich zu, wobei alle Aggregate Wachstumsbeiträge leisten. Anfangs kommen noch Impulse von der Geldpolitik, doch werden nun auch die kurzfristigen Zinsen aufwärts tendieren. Die Finanzpolitik stimuliert die Konjunktur u.a. über eine Senkung der Einkommensteuer, wenn auch insgesamt schwächer als 2002. Leicht bremsend wirkt hingegen die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um reichlich 3% expandieren, auch weil die retardierenden Auswirkungen der Argentinien-Krise abflauen. Die Preise erhöhen sich etwas schneller, auch weil sich der Import stärker verteuert. Auf dem Arbeitsmarkt bes-

sert sich die Lage weiter. Das Defizit der Leistungsbilanz ändert sich im Verhältnis zum BIP kaum.

Am lebhaftesten von den großen Nachfrageaggregaten wird der **Export** von Gütern und Dienstleistungen (+ ca. 7 1/2%) zunehmen. Da diese zu über drei Viertel in die anderen westeuropäischen Länder gehen, werden sie schwergewichtig von der konjunkturellen Festigung in Westeuropa stimuliert. Besonders rasch, aber vom Volumen her wenig bedeutsam expandieren die Lieferungen nach Nordamerika, wo das Wirtschaftswachstum noch stärker als in der EU ausfällt, obwohl die preisliche Wettbewerbsfähigkeit bei leicht fallendem Wechselkurs des US-Dollar etwas leidet. Die Konkurrenz mitteleuropäischer Anbieter wird auch innerhalb der Konzernverbünde, in die spanische Unternehmen integriert sind, infolge der dort vergleichsweise sehr niedrigen Lohnkosten stärker spürbar. Der Ausländertourismus nimmt im Zuge des weltweiten Konjunkturaufschwungs deutlich zu. Der **Import** dürfte sich mindestens so lebhaft erhöhen wie die Ausfuhr. Bei nochmals leicht verbesserten Terms of Trade dürfte die **Leistungsbilanz** einen Negativ-Saldo von wiederum rund 3% des BIP ausweisen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** werden vermutlich um etwa 4 1/2% ausgeweitet. Wesentliches Element ist eine kräftige Erholung der Bauinvestitionen, insbesondere des Wohnungsneubaus. Letzterer – in die Renovierung wird neuerlich kräftig investiert – sollte als Reaktion auf die zurückliegende Flaute bei weiter steigender Nachfrage deutlich zunehmen, auch weil die Zinsen noch günstig sind. Zudem dürfte das staatliche Wohnbauprogramm 2000/2006 mit Blick auf die Parlamentswahlen 2004 allmählich hochgefahren werden. Der gewerbliche Bau profitiert von den deutlich gesunkenen Leerständen sowie von der verbesserten Konjunkturperspektive. Der öffentliche Bau, kofinanziert von der EU, expandiert wiederum lebhaft. Optimistischere Absatz- und Ertragserwartungen, steigende Kapazitätsauslastung sowie der erheblich wachsende Bedarf an Ersatz-

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

und Rationalisierungsinvestitionen lässt eine dynamische Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen erwarten. Größere Projekte werden vermutlich in der Wasserwirtschaft angesichts der zunehmenden Wasserknappheit im Süden des Landes in Angriff genommen. Unter dem Eindruck der 2001 registrierten Engpässe bei der Elektrizitätsversorgung wird vermehrt in diesen Bereich investiert. Zudem ist ein dynamischer Ausbau des Gassektors vorgesehen.

Der **private Konsum** dürfte sich um annähernd 3% erhöhen. Stimulierend wirken die spürbar verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt, die sinkende Sparquote als Folge des günstigeren konjunkturellen Umfelds, die etwa im bisherigen Rhythmus steigenden Reallöhne sowie die Senkung der Einkommensteuer. Vor allem dauerhafte Güter werden von der besseren Konsumkonjunktur und vom beschleunigten Wohnungsneubau profitieren. Der **Staatsverbrauch** nimmt neuerlich um ungefähr 2% zu.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Lage erheblich, und der Bedarf an qualifizierten Kräften steigt rascher. Die Beschäftigung wird wohl um etwa 2% zunehmen, und die Arbeitslosigkeit geht zurück. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Arbeitslosenquote auf reichlich 12 $\frac{1}{2}$ % sinken. Mit dieser Rate bildet Spanien zwar nach wie vor das Schlusslicht in Westeuropa. Aber die in den Jahren bis 2001 erfolgten Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes wirken zunehmend.

Die Preise dürften etwas rascher steigen als zuvor. Bessere Konjunktur, höhere Importpreise und der in vielen Bereichen immer noch unzulänglich spielende Wettbewerb lassen eine Erhöhung der **Konsumentenpreise** um 2 $\frac{3}{4}$ % erwarten, obwohl nicht wieder mit Anhebungen indirekter Steuern zu rechnen ist.

Abgeschlossen am 8. März 2002